

Objektyp: **Miscellaneous**

Zeitschrift: **Tec21**

Band (Jahr): **129 (2003)**

Heft 49-50: **Kaufrausch**

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Wie Paris leben will: Amélie und die Epicerie aus dem Film «Le fabuleux destin d'Amélie Poulain» (Bilder: Paris Tourisme)

PLANUNG

Keine Wolkenkratzer in Paris

Das Pariser Parlament hat das Vorhaben des Bürgermeisters, in Paris wieder Hochhäuser zu planen, beerdigt. Es hat damit wohl den meisten Stadtbewohnern aus dem Herzen gesprochen. Die Filmfigur Amélie de Montmartre wurde zum Leitmotiv einer kurzen, aber heftigen Debatte um die Stadtgestalt.

(sda/afp/rw) Eine Skyline wie in New York bleibt in Paris unvorstellbar. Darauf verständigte sich die Linkskoalition im Pariser Rathaus nach wochenlangem Streit. Sie beschloss am 25. November, Anregungen des sozialistischen Bürgermeisters Bertrand Delanoë für den Bau von Wolkenkratzern nicht weiterzuverfolgen. Auch die rechts-bürgerliche Opposition ist gegen den Bau von Hochhäusern. Die Traufhöhe im Stadtgebiet bleibt auf 31 Meter begrenzt, im historischen Kern auf 25 Meter. Dieses Limit gilt seit 1975. Zuvor waren einige Ausnahmen genehmigt worden, darunter der 209 Meter hohe Montparnasse-Turm beim gleichnamigen Bahnhof, der vielen Stadtbewohnern bis heute als schmachliche Bausünde gilt. Delanoë und prominente Architekten hatten erklärt, Paris habe auf seiner Fläche von 105 Quadratkilometern kaum noch Entwicklungsmöglichkeiten. Sie verwiesen auf

London, Wien und Barcelona, die in den vergangenen Jahren Hochhaus-Projekte zugelassen haben. Paris hat sich bisher zurückgehalten, wenn es um «Konkurrenz» für den 324 Meter hohen Eiffelturm ging. «Wir werden nicht im Zentrum bauen. Und es wird kein Manhattan an der Seine geben», hatte Delanoës Stellvertreter Jean-Pierre Caffet die in den letzten Wochen hoch gehenden Wogen zu besänftigen versucht.

Amélies Paris – Horrorvision der Städtebauer

Die Höhe sei nicht das Problem, entscheidend sei die Ästhetik der Bauwerke und wie man darin lebe, meinte Delanoë und versuchte, eine Lanze für die Architekten zu brechen: «Wir müssen es den Baumeistern des 21. Jahrhunderts ermöglichen, ihre Talente zu entwickeln.» Und Delanoës Vize beschwor die Stadtbürger: «Paris darf keine Museums-Stadt nach der Art der nostalgischen Filmfee Amélie de Montmartre werden.» Nach dreissig Jahren Wolkenkratzer-Verbot brauche die Stadt Luft. Früher gemachte Fehler sollten nicht wiederholt werden, die Bevölkerung müsse die neuen Projekte mittragen. Doch was das Bild ihrer Stadt betrifft, neigen die Pariserinnen und Pariser eben stark zu Nostalgie. Entsprechend schwer sind sie für Prestige-Projekte zu gewinnen. Gegen Delanoës Hochhauspläne formierte sich heftiger Widerstand,



gar «Krieg» gegen neue Hochhäuser wurde angekündigt. Als die Star-Architekten Jean Nouvel, Dominique Perrault und Christian de Portzamparc auf einer Veranstaltung für Wolkenkratzer warben, schlug ihnen heftige Empörung entgegen. Sie konnten noch so oft darauf hinweisen, dass eine Weltstadt wie Paris sich doch fortentwickeln müsse. Nun haben die Stadtparlamentarier den Aufbruchversuch vorzeitig abgebrochen. Schliesslich wollen sie wieder gewählt werden. Sie kennen ihre Pappenheimer und fürchten, wohl mit Recht, Amélies Potenzial zur Mobilisierung.

Luzern: Baubewilligungsverfahren gestrafft

(sda/rw) Im Kanton Luzern werden Baubewilligungsverfahren und Beschwerdesysteme gestrafft und vereinheitlicht. Der Grosse Rat hat am 24. November die entsprechenden 14 Gesetze revidiert. Grünes Bündnis und SP bekämpften die Vorlage erfolglos. Sie befürchteten einen Verlust demokratischer Kontrolle durch das Wegfallen des Einspracherechts von Dienststellen, einen Machtzuwachs der Verwaltung und eine Überlastung des Verwaltungsgerichts. Umstritten war auch die Absicht der Regierung, eine Vielzahl von Kommissionen als gesetzlich vorgeschriebene ständige Fachgremien abzuschaffen. Neu sollen Kommissionen bei Bedarf und auf den Einzelfall zugeschnitten eingesetzt werden. Die Ratslinke versuchte vergeblich, ständige Kommissionen (etwa im Naturschutz, im Baurecht, im Energiewesen) zu retten. Sie kritisierte, dass es keine Kriterien für die Einsetzung der Ad-hoc-Kommissionen gebe. Richtschnur der Reform ist das Planungs- und Baugesetz. Dieses schreibt vor, dass bei Baubewilligungen neben dem Entscheid der Gemeinde nur noch ein einziger Entscheid des Kantons nötig ist (vgl. tec21 48/2003). Einzige kantonale Beschwerdeinstanz für kommunale Baubewilligungen ist neu das Verwaltungsgericht.

Bern: Uni zieht in altes Frauenspital

(sda/rw) Die künftige Nutzung des alten Frauenspitals durch die Universität ist unter Dach: Der Grosse Rat hat den Umbaukredit von 38,2 Mio. Franken genehmigt. Mit dem Entscheid werden ab 2005 im Gebäude an der Schanzeneckstrasse 1 die Rechtswissenschaften untergebracht. Diese sind heute auf kleinere Liegenschaften im Länggassquartier verteilt, die künftig für Wohnungen frei werden sollen. Platz bieten soll das einen Steinwurf vom Bahnhof entfernte Gebäude auch für Teile der Wirtschafts- sowie der Geistes- und Sozialwissenschaften. Geplant ist unter anderem ein Hörsaal für 250 Personen. Das Unterrichtsangebot wird mit 1200 Plätzen jenem der Uniböbler entsprechen.

Ursprünglich sollte die kantonale Steuerverwaltung in das Gebäude einziehen. Wegen des Raumbedarfs der Universität wurden diese Pläne im Sommer zu Gunsten der Universität geändert und ein vorläufiger Baustopp für die von der Umnutzung betroffenen Gebäude-teile verfügt. Vor diesem Hintergrund stellte die Regierung den Antrag auf einen neuen Ausführungskredit von 38,2 Mio. Franken. Er ersetzt den 1998 beschlossenen Kredit von 56,4 Mio. Franken, der für den Umbau zu Gunsten der Steuerverwaltung nötig gewesen wäre. Im neuen Kredit enthalten sind die 24 Mio. Franken, die bis Juli bereits verbaut wurden.

Für den Kanton resultieren wegen des vorläufigen Baustopps zwar Mehrkosten von rund 100 000 Franken pro Monat, unter dem Strich kommt das Alternativprojekt jedoch voraussichtlich trotzdem günstiger zu stehen: Die Kosten des Uniprojekts betragen 54,3 Mio. Franken. Auf Grund des Hochschulförderungsgesetzes beteiligt sich der Bund mit 15,9 Mio. an den Kosten. Und hoch frequentierte Uni-Institute machen an einer zentralen Lage mehr Sinn als eine Verwaltung ohne Publikumsverkehr. Im Rat war das Geschäft unbestritten. Für die künftige Steuerverwaltung werden laut Baudirektion zwei Standorte im Gebiet Wankdorf geprüft.